

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 22.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mt. Eingetragen in die Postzeitungstafel Nr. 6482. Geschäftsanzeige pro Zeigepartie Seite oder deren Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, den 1. Juni 1907.

Verlag: A. Lohberg, Hannover, Münstr. 5.  
Verautwördlicher Redakteur:  
H. Schneider, Hannover, Münstraße 5, III.  
Fernsprech-Anschluß 3002.  
Druck von C. A. H. Meister & Co., Hannover.

16. Jahrg.

## Zur Beachtung!

Heute ist der 22. Wochenbeitrag fällig.

## Streiks oder Aussperrungen

bestehen in Detmold, Meilen, Trennenbrielen, Stadtoldendorf, Münzen, Bodebach, Bernburg, Herzberg, Friedland, Frankfurt a. M., Straubing, Schwabach, Woldegk, Cannstatt und Langenberg.

Un Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Magdeburg, Dresden, Offenbach, Fürth, Wolgast, Glensburg und Erfurt.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

## 1906.

Nachdem wir in den letzten Nummern über die Erfolge des Verbandes im Jahre 1906 berichtet haben, bringen wir heute als Ergänzung den Jahresbericht über die Finanzgebarung und die Mitgliederbewegung.

Die erfreuliche Entwicklung des Verbandes kommt vor allem in nachstehenden Zahlen über den Mitgliederstand zum Ausdruck.

Die Mitgliederzahl betrug:

	männl.	weibl.	Summa
am 31. Dezember 1903	40 975	4 558	45 533
" 31. " 1904	45 778	5 003	50 781
" 31. " 1905	70 108	5 762	75 870
" 31. " 1906	111 391	11 824	123 215

Die Einnahme betrug:

	1904	1905	1906
	absolut   in Proz.	absolut   in Proz.	absolut   in Proz.
männliche	4803   11	24 330   53	41 283   60
weibliche	445   10	759   15	6 062   106

Insgesamt hat unsere Organisation in den letzten drei Jahren um 77 682 Mitglieder, gleich ca. 170 Prozent, zugenommen. Besonders erfreulich ist der außerordentliche Zuwachs an weiblichen Mitgliedern im vergangenen Jahre.

Maßgebend für die Stärke einer Organisation ist nächst der Mitgliederzahl die Finanzgebarung. Auch in dieser Beziehung ist ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen. Es betrug die Einnahme des Jahres 1906:

Am Eintrittsgeld . . . . .	34 840 Mt.
Am Beiträgen usw. . . . .	1 720 809 "
Kassenbestand v. Vorjahr . . . . .	445 341 "

Gesamteinnahme: 2 200 990 Mt.

Die Einnahme aus Beiträgen und Eintrittsgeld ist um 739 419 Mt. höher als im Jahre 1905.

An Unterstützungen wurden im Jahre 1906 gezahlt:

Streifunterstützung . . . . .	714 405 Mt.*)
Gewerbegegenleistungunterstützung . . . . .	35 846 "
Rechtschutz . . . . .	8 451 "
Sterbegeld . . . . .	13 404 "
Umzugshilfeunterstützung . . . . .	12 393 "
Erwerbslosenunterstützung . . . . .	322 226 "

Insgeamt: 1 106 729 Mt.

Die obige Tabelle umfasst nur die von der Hauptkasse gezahlten Unterstützungen, es werden aber aus Lokalmitteln, namentlich bei Streiks, noch viele Tausende an Unterstützungen bezahlt, die aber in unserer Zusammenstellung fehlen.

Die sonstigen Ausgaben der Hauptkasse betragen:

Für das Verbandsorgan . . . . .	41 237 Mt.
Agitation . . . . .	42 307 "
Gehälter und Versäumniskosten . . . . .	15 150 "
Sachliche Verwaltungskosten . . . . .	45 331 "
Verbandstag, Konferenzen, Gen. Komm. ic. . . . .	40 527 "
20 Proz. der Beiträge an die Zahlstellen . . . . .	352 806 "

Insgeamt: 517 358 Mt.

Dazu die Unterstützungen . . . . .

Kassenbestand am 1. Januar 1907 . . . . .

Summa: 2 200 990 Mt.

Am 1. Januar 1907 war der Kassenbestand der Hauptkasse um 131 562 Mark höher als am 1. Januar des Vorjahrs. Das ist zwar kein glänzendes Resultat, aber es muß in Betracht gezogen werden, daß das Jahr 1906 uns eine Unmenge Kämpfe und damit eine enorme Steigerung der Ausgaben brachte. Wenn es uns nun gelungen ist, aus diesen Kämpfen ungeschwächt hervorzugehen, ja, unser Ver-

\* Die Summe ist niedriger wie die in Nr. 20 unter Ausgaben für Streiks veröffentlicht, weil in letzterer ein Teil der aus Lokalmitteln gezahlten Unterstützung enthalten ist.

mögen noch um ca. 130 000 Mark zu vermehren, so ist das immerhin ein anerkennenswerter Beweis für die Leistungsfähigkeit unseres Verbandes. Selbstverständlich werden uns die Beschlüsse des Leipziger Verbandstages in den Stand setzen, noch mehr wie bisher finanzielle Reserven anzusammeln, um auch in Zukunft allen Angriffen der Unternehmer gerüstet gegenüberzutreten zu können. Zurzeit scheint es überdies, als ob das Jahr 1907 seinem Vorgänger in bezug auf wirtschaftliche Kämpfe nicht nur nicht nachstehen, sondern es im Gegenteil noch übertrumpfen wollte; da ist eine gute Rüstung doppelt nötig!

Von ganz besonderem Interesse ist ein Vergleich der Finanzgebarung des Vorjahres mit den früheren Jahren. Von 1890, dem Jahre der Gründung des Verbandes, bis zum Jahre 1904, also in 15 Jahren, hatte der Verband eine Einnahme von 1 646 436 Mark

Im Jahre 1903, also in einem Jahre, betrug die Einnahme 1 755 649 "

Die Ausgabe betrug in den 15 Jahren insgesamt 1 331 127 "

Im Jahre 1906 betrug die Ausgabe 1 624 087 "

Das Jahr 1906 rechnet also sowohl in Einnahme wie in Ausgabe mit einer größeren Summe wie 15 vorhergehende Jahre zusammen genommen. Einen deutlicheren Beweis für die Erstärkung unseres Verbandes dürfte es kaum geben.

Leiderlich ist es wohl zu sagen, daß diese prächtige allseitige Entwicklung unseres Verbandes uns ansprachen muß, mit verdoppelter Energie vorwärts zu streben, damit der Bericht des nächsten Jahres hinter dem diesjährigen nicht zurücksteht. Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Das sei unsere Lösung.

## Aus der Papierindustrie.

### Die Rentabilität der Papierfabriken.

Das Jahr 1906 hat dem Großgewerbe eine außerordentliche Steigerung der Rentabilität gebracht. Bei 460 Aktiengesellschaften, deren Papiere an der Berliner Börse gehandelt werden, stieg die Durchschnittsdividende von 9,49 Prozent im Jahre 1905 auf 10,53 Prozent im Jahre 1906. Das ist der höchste Durchschnittssatz seit 1901, der nur von dem Ergebnis des Glanzjahres 1900 noch übertroffen wird.

Eine der Industrien, die diesen Durchschnittssatz noch übertreffen, ist die Papierindustrie; sie brachte ihren Aktionären eine Durchschnittsdividende von 10,80 Prozent. Den Löwenanteil an diesen enormen Gewinnen trägt die Papier erzeugende Industrie — Papier-, Cellstoff- und Zellulosefabriken —, während die Papier verarbeitende in ihrer Rentabilität nicht nur nicht gestiegen, sondern im Gegenteil sogar noch etwas zurückgegangen ist. Der Grund hierfür liegt in der glorreichen Zollpolitik des Deutschen Reiches. Als Antwort auf die hohen Agrarzölle Deutschlands hat nämlich das Ausland deutsche Industriezeugnisse mit Zoll erhöhungen bedacht, die die Ausfuhr deutscher Waren erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Ganz besonders hat unter den Zoll erhöhungen des Auslandes die Papierverarbeitungsindustrie zu leiden. So berichteten einzelne Handelskammern über Verlegung der Betriebe ins Ausland, die teils schon stattgefunden haben, teils geplant sind.

Ein Urteil aus der hochentwickelten sächsischen Papierfabrikation lautet: „Die Ausfuhr nach den Vertragsstaaten wird schwierig, wenn nicht unmöglich werden. Unter diesen Umständen bleibt wohl weiter nichts übrig, als im Ausland Filialen zu gründen.“ Ein Fabrikant, der Zugspapier herstellt, sagt: „Ich habe, da ich zwei Drittel meiner Erzeugung exportiere, mich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht, mit meiner Fabrikation nach der Schweiz oder nach Frankreich zu überreden.“ Eine Fabrik für geprägte Papierwaren, die nach Österreich-Ungarn nicht mehr exportieren kann, hat dort „eine größere Fabrik angekauft“, um in ihr die nach jenen Ländern bestimmten Waren herzustellen. Eine Fabrik für geprägte Papierwaren, Gravieranstalt und Abdruckdruckerei teilt mit: „Durch die hohen Eingangszzölle wird mir mein Absatzgebiet in Österreich verloren gehen und ich stehe bereits in Unterhandlung in Österreich, die Fabrikation der bisher hier angefertigten Artikel nach dort zu verlegen und die von mir geplanten Vergrößerungen meiner Fabrik zu unterlassen.“

Würden von dieser Schädigung der Industrie nur die Unternehmer betroffen, so hätten wir blitzen Ursache, uns deswegen zu ereisen, aber es ist nicht zu verkennen, daß einmal die Unternehmer versuchen werden, das, was ihnen

durch die verkehrte Zollpolitik in ihrer Rentabilität beeinträchtigten Papier verarbeiten den von den Papier erzeugenden Betrieben, so ergibt sich für letztere eine glänzende Steigerung der Dividende, wie nachstehende Zusammenstellung einiger der größten Gesellschaften zeigt:

Bezeichnung der Aktiengesellschaften	Aktienkapital	Dividende in Proz. 1905	Dividende in Mar. 1906
Immendorfer Papierfabrik	1 000 000	15	17
Gröpeler Papierfabrik	1 350 000	14	15
Freiberger	1 650 000	11	12
Königsberger Cellstofffabrik	2 250 000	18	20
Kostheimer Cellulosefabrik	1 750 000	15	18
Reniger Patentpapierfabrik	3 000 000	11	12
Leisnacher Papierfabrik	1 600 000	12 1/2	25 000
Waldbrof. . . . .	1 250 000	18	25 000
Waldbrof. . . . .	12 000 000	20	3 000 000

Bei diesen 10 Gesellschaften stieg die Durchschnittsdividende von 13 1/2 Prozent im Jahre 1905 auf 15 1/2 Prozent im Jahre 1906, das ist für die Aktionäre eine „Lohn erhöhung“ von rund 15 Prozent. Wir bezweifeln, daß auch die Arbeiter im Vorjahr eine ähnliche Aufbesserung erhalten haben, obwohl sie es sicher sehr nötig brauchen könnten.

Die gesamte Dividende, die im Vorjahr zur Ausschüttung kam, betrug 5 201 500 Mt. Unterstellen wir, daß die 10 Betriebe zusammen 10 000 Arbeiter beschäftigen, so hat jeder Arbeiter ca. 520 Mt. Dividende erarbeitet müssen. Die Zahl der Beschäftigten ist aber in Wirklichkeit kleiner wie 10 000 und der erarbeitete Gewinn pro Kopf infolgedessen noch höher wie 520 Mark.

Dazu kommt aber noch, daß die Dividende nur einen Bruchteil des tatsächlich erzielten Gewinnes darstellt. Viele Hunderttausende wandern in allerlei Fonds oder als Tantiemen in die Taschen der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder usw. So betrug z. B. der Gewinn der Zellstofffabrik Waldbrof nicht 3 000 000 Mt., sondern 5 518 083 Mt. Davon wurden zu Abschreibungen verwendet: 746 000 Mt., dem Spezial-Reservefonds wurden 200 000 Mt. überwiesen und 1 572 000 Mt. wurden auf neue Rechnung vorgekramt. Da die Gesellschaft ca. 2000 Arbeiter beschäftigt, stellt sich das Gewinn-Ergebnis wie folgt:

Rohgewinn pro Kopf der beschäftigten Arbeiter ca. 2750 Mt.

Verteilte Dividende pro Kopf der beschäftigten Arbeiter ca. 1500 Mt. Einhalten wollen wir hier, daß diese Firma den Arbeitern ein gewisses Mitrederecht bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen eingeräumt. Das Arbeitsverhältnis im Betrieb ist tariflich geregelt. — Der Betrieb ist der rentabelste von allen Aktiengesellschaften der Papierfabrikation.

Auch der Bericht der Leisnacher Papierfabrik bietet interessantes. Die 256 000 Mt., die in Form einer 16-prozentigen Dividende verteilt wurden, bilden nämlich noch nicht einmal die Hälfte des tatsächlich erzielten Gewinnes. Neben 88 000 Mt. Abschreibungen und 7 000 000 Mark Rückstellung für eine neue Papiermaschine erhalten der Aufsichtsrat, Vorstand und Beamte 71 000 Mt. Tantiemen und Gratifikationen. Für die Arbeiter aber wurden an Versicherungsbeiträgen, Unterstützungen, Kosten der Kleinkinderbewahrung und sonstige „Wohlfahrtseinrichtungen“ insgesamt 24 000 Mt. aufgewendet. Eine geradezu lächerlich geringe Summe, wenn man die 70 000 Mt. für die Beamten usw. dagegenstellt. Die Gesellschaft hat in den 14 Jahren ihres Bestehens für Rückstellungen und Abschreibungen insgesamt 2 057 000 Mt. aufgewendet, also wesentlich mehr, als das gesamte Aktienkapital beträgt.



Kunst, um ihn zu gewinnen. Aber wehe dem Streitposten, welcher verüben sollte, sich ebenfalls da aufzustellen, der hat die Rechnung ohne den „Mann in der roten Mütze“ gemacht. Der „Mann in der roten Mütze“, bekannt von dem letzten Metallarbeiterstreit bei der Firma Bedford u. Co., scheint sich nämlich eine Reihe von Aufgaben gestellt zu haben, welche nach unserem, allerdings unangeführigen Seitenverstande gar nicht zu seinem Besitz gehören. Um dritten Feiertage sprach er einen Herrn an, welcher seine Gattin vom Bahnhof abholen wollte. Der Herr Vorsteher vermutete, wie er selbst sagte, betr. Herr sei ein Streitposten. Hier war er natürlich an den Unrechten gelommen. Also nicht so hübsch, versetzte Herr Vorsteher, wenn Sie von den Herren Beamten des Kabelwerks um Hilfe angegangen werden. Wir meinen doch, was man dem einen gesetzt, kann man dem anderen nicht gut verbieten, doch wissen wir auch, daß, wenn in Sachsen zwei dasselbe tun, es eben nicht daselbe ist. — Für die Herren Betriebsbeamten scheint die vorige Woche eine Unglückswoche in jeder Beziehung gewesen zu sein. Der Herr Baendig, derselbe Herr, welcher die Arbeitswilligen am frühen Morgen sogar von Niederau abholte, geriet beim Vorrichten einer Maschine in das Fahrrad, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Dem Herrn Voßhausen ist durch die Intelligenz eines Arbeitswilligen ein Bleiblock von ca. einem Zentner auf die Finger gefallen; als Erinnerung an dieses unliebsame Vorkommen sind außer geschwollenen Finger spitzen einige Blutblätter zurückgeblieben. Auch Herr Schlichting, seines Zeichens Schreiber bei gen. Firma, läuft mit verbundener Hand herum. Man könnte hier eigentlich von Betriebsamnestie sprechen. Doch die Herren werden ja auch besser bezahlt, da können sie schon etwas riskieren". An die Betriebsbeamten ist im vorigen Jahre eine Gratifikation von sage und schreibe 17 000 M. zur Auszahlung gelangt. Ein ziemlich fetter Happen. Über auch die Arbeiter sind "bedacht" worden. So hat man denjenigen, welche 1 Jahr in dem Betrieb arbeiten — — — 1. März 111, denen, die 2 Jahre da sind, die horrende Summe von 2 M. resp. 1. f. jedes Jahr um 1 M. steigend, als Weihnachtsgeld gegeben. Welches erhabende Gefühl wird die Arbeiter bei Empfang dieses „Geschenkes“ beschlichen haben! Den Herren Akti onären 17 Prozent Dividende, den Herren Beamten eine Gratifikation von 17 000 M. und den Arbeitern 1 resp. 2 M. als Weihnachtsgeld. Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Von nicht geringem Interesse dürfte es sein, zu erfahren, daß man den Arbeitswilligen 32—34 Pf. pro Stunde bietet, während die Streitenden nur 28—30 Pf. pro Stunde fordern. Es wird hiermit der Beweis erbracht, daß man sehr wohl bessere Löhne zahlen kann. Nach außen hin versucht man den Glauben zu erwecken, als sei von der Direktion bereits alles bewilligt worden. Nichts von alledem! Im Gegenteil, wir haben wiederholt die Direktion wissen lassen, daß wir zu Verhandlungen jederzeit gern bereit sind, man hat uns bis jetzt keine Antwort zuteil werden lassen. Auf welcher Seite ist nun das Entgegkommen? Nun, wir werden, das versichern wir immer wieder, alles ausspielen, um den Kampf für die Arbeiter erfolgreich zu Ende zu führen. Zugang nach Meißen ist nach wie vor streng fernzuhalten!

**Vorbericht.** Der Streit auf der Zementfabrik „Stern“ dauert unablässiger fort. Von den Arbeitswilligen ist eine erhebliche Anzahl abgereist, der Rest wird gleich Gefangen gehalten. Da sie andere Beschreibungen nicht haben, vertreiben sie sich die Zeit durch Veran staltung solennier Feierlichkeiten. Ganz besonders nimmt sich die Polizei der bedrängten Firma an. So verjüngten Polizeibeamte die Streitenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, allerdings vergeblich. Den Streitposten ist sogar verboten, sich in Booten auf dem Wasser aufzuhalten. Vom Terrorismus der Firma können die Arbeiter ein Lied singen. Hat einer der Streitenden irgendwo Arbeit erhalten, flugs machen die Herren Löppfer, Gramm u. Co. den betreffenden Unternehmer schärf und der Arbeiter wird wieder entlassen. So wurden 60 Arbeiter, die nach Löbau engagiert waren, infolge der Hege der Herren nicht angenommen. Nun wird ihnen das Vor gehen übrigens nichts, die Arbeiter werden nicht zu den Fleischhöfen der Firma zurückkehren, wenn die Herren sich nicht entschließen können, den beschiedenen Forderungen der Arbeiter Nachung zu tragen. Man sollte meinen, eine so minimale Forderung wie 30 Pf. Mindestlohn pro Stunde könnte heute nicht mehr zum Streit führen, Namenslich bei der anstrengenden und gefährlichen Arbeit in einer Zementfabrik.

Schließlich müssen wir noch der Benachrichtigung gedenken, die die Firma zur Anwerbung von Streitbrechern unternimmt. Anscheinend ist es der Firma aber nicht darum zu tun, sich als Menschen fühlende deutsche Arbeiter zu befürworten, sondern untergeordnete chinesische Slavis. Im Hinblick hierauf sollte sie ihre Sklavenjäger aber nicht nach Berlin, sondern nach Peking schicken. Hier ist das Kulturdokument, das die Arbeitswilligen unterschreiben müssen:

Theodor Riebenstahl

Stellenvermittler

#### Arbeits-Annahm e-Schein.

Personal- Vermittlung für Bandwirtschaft und Industrie. Berlin N. Nr. Hamburgerstr. 16. A. Nr. 449 B. Nr. 170

Zeber der unterschriebenen tritt vom 7. Mai 1907 ab bei der Portland-Zementfabrik „Stern“ Löppfer, Gramm zu Finowwalde bei Stettin — als Arbeiter für jede vorkommende Arbeit in Arbeit und zwar zu einem Abcordverdienst von nicht unter 3 M. für die 10stündige Arbeitszeit bei normaler Leistung.

Bohnzahlung wöchentlich; auf Wunsch Ab schlagszahlungen.

Uns ist bekannt, daß dort Streit ist, wir erklären ausdrücklich, daß wir trotzdem dort arbeiten werden, unter der Bedingung ausreichender Schutz und dauernder Beschäftigung. — In Anbetracht der Beschränkungen der sich die Unterstreichenden freiwillig unterziehen, verzichtet die Direktion, allen Arbeitern während der ganzen Streitdauer auf dem Werke freie Schlafstelle und freie volle Verdüstung zu gewähren.

In Anbetracht der Kosten und Umstände, die obiger Zementfabrik durch plötzliche Neubeschaffung von Arbeitern entstehen, verzögliche ich mich, sechs Monate bei obengenannten Arbeitgeber zu arbeiten.

Wird das Arbeitsverhältnis durch mein Verschulden vorher aufgelöst, so habe ich die zu meiner Beschaffung aufgewendeten Kosten zu erstatten.

Erstgültig des mir zu gebenden Reisegeldes oder Eisenbahnbillets erkenne ich ausdrücklich an, daß dasselbe nicht mein Eigentum, sondern lediglich anvertrautes Gut zum Zweck der Reise zu meinem Arbeitgeber sein soll. Zugleich beurtheile ich Herrn Riebenstahl, meine ihm übergebenen Legitimationsscheine meinem obengenannten Arbeitgeber zu übertragen.

Berlin, den 7. Mai 1907.

(Unterschrift)

Bon diesem Schriftstück müßte den Angeworbenen selbstverständlich vor Einführung einer Abschrift überreicht werden. Das geschieht aber nicht! Die Abschrift wird den Leuten erst bei ihrem Treffen auf der Fabrik ausgehändigt. Diese Handlungswweise charakterisiert sich von selbst.

Da die Arbeiter nicht mehr verlangen, als was die Firma laut obigen Schriftstück den Arbeitswilligen bietet, so lädt sie wohl kaum besser, die berechtigten Forderungen der Ausständigen, ihrer alten Freunde, eingetretene Leute, anzuerkennen und darüber in Verhandlungen einzutreten.

Radeberg. Ende März stellten die Arbeiter der Preßspindelfabrik Ernst Lange in Radeberg folgende Forderungen: 10 Stunden Arbeitszeit, pro Stunde 2 Pf. Zulage, Überzulagen 5 Pf. mehr, Beihaltung der jetzt bestehenden Abcordlöhne und Beihaltung des Lohnarbitrums. Der Arbeitgeber willigte in Lohnzulage und Beihaltung der Arbeitszeit ein, für Überzulagen jedoch nur für Arbeiter 2 Pf. und Maschineneinheiten 3 Pf. pro Stunde. Den Beihang des Tariffs erklärte er für überflüssig, gab aber der Kommission kein Ehrenwort, alles Versprochene zu halten. Wie weit es mit

seinem Ehrenwort aber her ist, beweis er schon nach 14 Tagen, in dem er die Kommission ins Kontor besuchte und selber bekannt gab,

dass er seit 10 Tagen hier ist und wieder 11 Stunden arbeiten lassen will, was ihm von der Kommission jedoch abgeschlagen wurde. Am 29. April hatte nun ein Kollege sich eine Fichte Holz geladen und trug den Unternehmer, was selbiges kostet, darauf erwiderte er die Antwort, die kostet 2 M. Etwa Abend unterteilt sich aber die Forderung, die kostet 2 M. „Sie wollt ja auch immer mehr haben, so kann ich von euch auch mehr verlangen“. Der Kollege erklärte darauf, daß er die Fichte für 2 M. nicht nehmen. Am andern Morgen ließ Herr Lange den Kollegen ins Kontor kommen und erklärte ihm: „Wenn die Fichte Holz heute abend nicht aus dem Hof raus ist, allein Sie raus, denn Sie sind der politisch Tätige in der ganzen Fabrik.“ Der Kollege nahm das Holz nicht und war infolgedessen die Abholung gestoppt. Am Abend kündigte die ganze Arbeiterchaft mit dem Semecken: Wenn der Kollege Bornemann nicht in seiner Arbeit gelassen wird, legen wir gleichfalls die Arbeit nieder und fordern den Lohnarbitrum. Herr Lange nahm die Kündigung an, als aber selbiges am andern Abend abgelaufen war und sämtliche Arbeiter die Karte verlangten, bekannte er sich eines besseren und behielt den Kollegen Bornemann in Arbeit. Den Lohnarbitrum wollte er am andern Morgen aushängen, da er nicht eher Zeit zum Schreiben hätte. Den nächsten Morgen gegen 9 Uhr ließ Herr Lange durch den Buchhalter sagen, daß er keinen Lohnarbitrum habe.

Da er diese Erklärung auch der Kommission gegenüber aufrecht erhält, legten sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Da aber von 18 Arbeitern nur 10 organisiert waren, empfahl die Organisationsleitung den Arbeitern, auf Aushang des Tariffs zu verzichten, bis das Organisationsverhältnis ein besseres geworden sei. Darauf wurde nach zwei Tagen die Arbeit wieder aufgenommen. Die Arbeiter haben aber aus dem Vorgang die richtige Lehre gezogen und sich sämtlich organisiert.

**Die Aussperzung der Bauarbeiter in Berlin** scheint nicht den vorausgesagten Umfang anzunehmen. Bisher ist erst zirka ein Drittel der Beschäftigten ausgesperrt. Die Unternehmer fürchten allem Unrecht nach, daß es ihnen so geht, wie den Unternehmern der Holzindustrie. — **Die Berliner Wackerseel** stehen vor dem Streit; beim Erstellen dieses Blattes dürfte die Entscheidung bereits gefallen sein. Sie fordern Abschaffung des Post- und Logistikweises beim Meister, einen Minimallohn von 28 M. pro Woche, Regelung des Arbeitsschutzes, 10—12 stündige Arbeitszeit und einen freien Tag in der Woche. Die Meister haben das Gewerbegericht als Einigungsaamt abgelehnt. — **Die Aussperzung der Metallarbeiter in Frankfurt und Umgebung** ist perfekt geworden. In Frankfurt sind zirka 8000, im ganzen Bezirk 18 000 ausgesperrt. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

**Landarbeiterstreit in Italien.** Das Beispiel der seit Monaten streitenden Landarbeiter von Argenta (Provinz Ferrara) findet Nachahmung. In dem Gebiet von Parma streiken 30 000. Ein größerer Streit ist auch in Apulien ausgebrochen. In beiden Gebieten kam es zum Kampf zwischen Streitenden und Arbeitswilligen. In Parma griff auch Cavalierie ein, als die Menge den verhafteten Schilder der Arbeiterkammer bestreiten wollte.

#### Wichtige Gerichtsurteile.

**Wit der Streit eines öffentlichen Angelegenheit?** In Nr. 19 des „Proletarier“ berichteten wir, daß das Kammergericht Berlin, die staatsanwaltschaftliche Revision gegen das freisprechende Urteil des Landgerichts zu Bochum gegen den Kollegen Kubau in Annen auf Kosten der Staatsfahrt zurückgewiesen hat. Da das Urteil von erheblicher Bedeutung für zukünftige Anklagen in dieser Richtung ist, so stellen wir nachstehend die Begründung der Befürchtung im Wortlaut mit.

Die Revision gegen das Urteil vom 10. Januar 1907 wird auf Kosten der Staatsfahrt zurückgewiesen.

Grunde.

Das den Angellagten freisprechende Urteil der Strafammer geht davon aus, daß die von Arbeitern der Voithschen Waschmaschinenfabrik für die Arbeiter dieser Fabrik elterliche Verfammlung vom 23. April 1906 eine Verfammlung, in der es sich um Erörterung öffentlicher Angelegenheiten handelt, nicht gewesen sei, deshalb auch eine Anmeldungspflicht nicht bestanden habe.

Die hiergegen erhobene Revision der Staatsanwaltschaft konnte keinen Erfolg haben.

An sich berührte die Beratung darüber, ob die Arbeiter der genannten Fabrik wegen angeblich dagebst herrschender Missstände in einen Aufstand treten sollten, lediglich die privaten Interessen dieser Arbeiter. Dem widerspricht auch nicht der von der Revision behauptete Umstand, daß durch einen wirklichen Ausbruch des in Erwähnung gezogenen Streits die Gesamtheit des Gemeinwesens, das öffentliche Interesse wesentlich beeinträchtigt werden könnten. Nur dann, wenn die Erörterung der Missstandsfrage in einer Weise geschehen wäre, welche über die privaten Angelegenheiten der genannten Arbeiter hinaus sich auch auf allgemeine Gesichtspunkte, sei es sozialer, wirtschaftlicher oder politischer Art, erstreckt hätte, würde eine Verfammlung mit der im § 1 des Vereinsgesetzes vorgeschriebenen Anzeigepflicht bestanden haben. Nun hat aber bei in Aussicht genommenen Tagesordnung, noch auch nach der Absicht der Einberüster der Verfammlung über die Interessen der Voithschen Arbeiter hinaus Angelegenheiten öffentlicher Natur erörtert werden sollen, und daß dann die Redner in der Verfammlung und die Beratenden von der Tagesordnung nicht abgewichen sind. Gegenüber diesen ohne ersichtlichen Rechtszirkumstum getroffenen Feststellungen können die Ausführungen der Revision keine Beachtung finden.

Außerdem ist auch von der Strafammer für erwiesen angelehnt, daß den Arbeitern der Fabrik von Teilnehmern der Verfammlung der Rat erteilt ist, einer Arbeiterorganisation beizutreten, um dadurch dem Unternehmer gegenüber im wirtschaftlichen Kampfe eine gefestigte Stellung zu erlangen. Dieser Rat enthielt ohne weiteres keine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, zweifelhaft könnte allerding sein, ob die ihm beigelegte Begründung über die privaten Interessen der genannten Fabrikarbeiter hinausging. Es kann das jedoch deshalb nicht angenommen werden, weil die Begründung sich ausweistlich der Ausführungen des angefochtenen Urteils nicht auf die Unternehmer im allgemeinen, auf das Unternehmen, bezog, sondern lediglich auf den Inhaber der Voithschen Waschmaschinenfabrik, also einen bestimmten Unternehmer, mit welchem die Arbeiter der Fabrik einen wirtschaftlichen Kampf aufnehmen wollten. Die Angabe des für den Beitritt zu der Organisation maßgebenden Grundes berührte mit hin ebenfalls nur die Privatinteressen der Arbeiter auf der Voithschen Fabrik, nicht aber die Allgemeinheit.

Da die Freisprechung des Angellagten zu rechtlichen Bedenken auch sonst keinen Anlaß bietet, müßte die Revision auf Kosten der Staatsfahrt (§ 505 Str.-P.-D.) zurückgewiesen werden.

**Oppeln.** Ein sonderbares Urteil fällte das Oppelner Schöffengericht. Als Angellagte hatten sich der Gauleiter Kollege Joppich wegen Bergens gegen das Vereins- und Preßgesetz, der Bismarck-Rat aus Oppeln wegen Verteilens von Handzetteln, ohne die prüfende Zulassung zu beschließen, und als dritter im Bunde der Maurer Mundial wegen Bergens gegen das Vereinsgesetz zu verantworten. Es handelt sich um das Abhalten einer Verfammlung im sogenannten Gewerkschaftslokal, welch legitimes von dem Maurer Mundial als Wohnung genutzt wurde, aber von den Organisationen zum Abhalten der Mitgliederversammlungen und zum Aufstellen der Beiträge benutzt wird. Dass dies der Polizei, die jedes andere Kollektiv den Arbeitern, d. h. soweit die freien Gewerkschaften in Frage kommen, abschreibt, ein Dorf im Auge ist, wurde durch die Verhandlung am besten charakterisiert. Durch die Unternehmer ausserordentlich gemacht, so erklärte der Herr Kommissar, sei er dahinter gekommen, daß im genannten Ort alle geheimen Versammlungen stattfanden, was auch

am fraglichen Tage der Fall gewesen sei. Er sei deshalb am selben Tage mit mehreren Beamten dorthin gegangen und habe den Maurer Mundial und Gauleiter Joppich mit zirka 60 Personen angetroffen und die Versammlung sofort aufgelöst, doch habe der Angeklagte Joppich sich nicht entfernt, vielmehr die Leute aufgefordert, nicht hinzus zu gehen. Auch hätte der Verteiler gesagt, daß er gesprochen, was er allerdings nicht.

Gegen die übrigen Angellagten könne er (der Kommissar) nichts auslegen, nur daß er sie einige Tage später vernommen habe, wonach Kosytl zugestanden habe, im Auftrage Joppichs Bettel verzielt zu haben.

Ein weiterer Zeuge (Polizeisekretär) bestätigt die Angaben des Kommissars, aber so unsicher, daß von einer Versammlung nichts herauszuhören war. Auf Verzagen des Richters mußte er angeben, daß der Angeklagte Joppich, als sich der Kommissar (der in Bissig war) legitimiert hatte, die Leute aufgefordert habe, hinzugehen und sich ruhig zu verhalten. Ein dritter Zeuge, seines Zeichens nach Fabrikschäfer, konnte nicht angeben, daß eine Versammlung stattgefunden habe, aber er habe den Angeklagten Joppich vor seiner Fabrik gesehen und beobachtet, wie er einem Arbeiter Bettel zugeleget habe. Er selbst sei dann am Angellagten vorbeigegangen, habe aber einen Bettel nicht erhalten, auch könne er nicht behaupten, daß der Angeklagte an andere Bettel weitergegeben hat.

Der erste Angellagte gab zu, einem Arbeiter Bettel zu einer Fabrikversammlung gegeben zu haben mit der Bitte, sie an seine Kollegen weiter zu geben. Dies könne aber nicht als strafbare Handlung angesehen werden, da von einer öffentlichen Verteilung keine Rede sein könne. Die Bettel seien einem übergeben worden und dann seien selbiges in der Fabrik verteilt worden. Was Kosytl anbetrifft, so habe der dritte gegen Entgelt Flugblätter verbreitet und sich nicht strafbar gemacht. Was die übrigen sog. Verbrechen anbelange, so führt Joppich aus, hat die Beweisaufnahme auch nicht das mindeste zur Belastung der drei Angellagten beigebracht, das Gegenteil sei der Fall. Die Beamten hätten nicht den geringsten Beweis geliefert, daß eine Verfammlung stattgefunden habe, und wenn sich einige zusammenfänden, Beiträge zu entrichten oder Aufnahmen zu vollziehen, so sei dies nicht als Verfammlung anzusehen. Der Mittangellagte Mundial wies an einigen Beispielen nach, daß die Polizei in Oppeln jeden Wirt einzuschläfern und jedes Voral abtreiben, ergo müßten wir unsere Angelegenheiten in der fraglichen Wohnung erleben, aber von einer Versammlung könne keine Rede sein. Im übrigen wären ja auch Betriebsversammlungen nicht anmeldungspflichtig, und der Beweis, daß überhaupt geredet worden sei, sei nicht erbracht. Er beantragte genau zu wie seine Kollegen freisprechung. Der Anwalt war der Meinung, daß in jeder Versammlung öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, und da an jener fraglichen Tage mehr wie zehn Personen zusammengekommen seien, sei auch der Beweis der Versammlung erbracht, ebenso hätten die Angellagten nicht bestritten, Flugblätter resp. Druckschriften verbreitet zu haben. Solche seien öffentliche Orte, deshalb sei die Verbreitung einer öffentlichen gewesen. Durch die Aussage des Beamten, daß er in seiner Fabrik dreißig Bettel beschlagnahm habe, sei bewiesen, daß mehrere Personen welche erhalten hätten. Er beantragte, Joppich wegen unerlaubten Verteilens von Handzetteln zu 6 M. außerdem wegen Verhältnis einer nicht gemeldeten Versammlung zu 30 M. Geldstrafe event. 17 Tagen Gefängnis, Kosytl wegen Verteilens von Druckschriften zu 6 M. Geldstrafe event. 2 Tagen Haft, Mundial, weil er den Platz zu einer Versammlung hergegeben habe, zu 16 M. Geldstrafe event. 8 Tagen Gefängnis zu verurteilen. In seiner Verteidigung wies Joppich noch einmal nach, daß eine Versammlung überhaupt nicht stattgefunden habe, auch habe er die Bettel an eine bestimmte Person abgegeben, ergo könne von einer öffentlichen Verteilung keine Rede sein, er beantrete für sich und seine Mittangellagten Freisprechung. Das Gericht erkannte auf folgendes Urteil: Der Angellagte Joppich wird wegen Vergehens gegen das Vereins- und Preßgesetz zu einer Geldstrafe von 66 M. event. 30 Tagen Gefängnis, der Maurer Mundial wegen bestelltem Vergehens zu 30 M. event. 16 Tagen Gefängnis, der Bismarcker Kosytl wegen Vergehens gegen das Preßgesetz zu 6 M. event. 2 Tagen Haft verurteilt. Der Vorsitzende bemerkte, wenn auch nicht bewiesen sei, daß öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien, so nehme das Gericht an, daß dies geschehen wäre, wenn der Beamte die Versammlung nicht aufgelöst hätte. Auch der Versuch sei strafbar. (?) Selbstverständlich ist gegen das Urteil Berufung eingelegt worden.

#### Korrespondenzen.

**Frankfurt a. M.** Am 21. April fand die Generalversammlung unserer Zahlstelle statt. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl, die im 4. Quartal 1906 auf etwa 1700 Mitglieder zurückgegangen war, durch rege Agitation wieder auf über 2000 gestiegen ist. Von der regen Agitation legen dit 93 Werkstätten-Besprechungen, 11 öffentlichen und 7 Mitglieder-Versammlungen bereites Zeugnis ab. Die Einnahmen und Ausgaben stehen mit 13 380 M. zu Buch. An Erwerbslosen-Unterstützungen wurden im 1. Quartal über 8000 M. ausbezahlt, für Streiks 2500 M. Brieven Familien und Kollegen wurde mit dieser Unterstützung über die äußerste Not hinweggekehrt! In der Diskussion wurden die ungünstigen Organisations-Verhältnisse einzelner Betriebe von Kollegen Elbers hervorgehoben und der Wunsch ausgesprochen, die Vertrauensmänner sowie die übrigen Kollegen sollten sich mehr wie bisher an der Organisationsarbeit beteiligen. Der Geschäftsführung wurde Decharge erteilt. Kollege Elbers begründete sodann einen Antrag des Vorstandes, zwei befolgte Beitragsschebe anzustellen. Die Mitglieder werden regelmässiger kassiert und auch die Fluktuation bedeutend eingeschränkt, da viele Mitglieder durch häufiges Kassieren verloren gehen. Wir bezahlen ohnedies schon 2500 M. für Prozente an die Unterlasser. Die Versammlung stimmte dem Antrag zu, als Erheber wurden die Kollegen Wolf und Gräfe gewählt.

\* **Halle a. S.** Die traurigsten Nöte in der Leebfabrik von E. W. Käte gesahlt. Die Arbeiterinnen erhalten dort bei der sehr gesundheitsgefährlichen Arbeit die Woche 8 M. Schon vor drei Jahren hatte unser Verband für die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnhebung von 10 Prozent durchgesetzt. Diese Verbesserung tritt nun allerdings stillschweigend ein, der Verband war nachher Nebensache. Die Firma benutzt ja später auch die Gelegenheit und zog wieder ab. Alle Arbeiterinnen, die nun anfangen, erhielten wieder den alten Lohn. Jetzt scheint es so, als würden die Kolleginnen wieder aufgewacht, denn in einer von uns einberufenen Versammlung schlossen sich zahlreiche Arbeitnehmer an. Hätten die Kolleginnen früher daran gedacht, sich der Organisation anzuschließen, so wäre es nicht nur möglich gew



# Beilage zum Proletarier.

Hannover, 1. Juni 1907.

16. Jahrg.

Nr. 22.

## Aus der chemischen Industrie. Die preußische Fabrikinspektion in chemischen Fabriken.

II.

Bei den Unfällen in den chemischen Fabriken Preußens, von denen die Auffichtsbeamten im Jahre 1906 erfuhrten, spielen wieder die Destillations- und Kochkessel die Hauptrolle. Im Regierungsbezirk Köln erlitt ein Arbeiter einer Harzdestillation bei der Entfernung des Rückstandes aus einem bereits 28 Stunden außer Betrieb befindlichen Destillierkessel eine tödliche Verbrennung. Der Kessel hatte mit dem in Betrieb gebliebenen Nachkessel — natürlich, eines simplen Arbeiters wegen konnte man doch nicht auch diesen noch abstellen! — den Dampfakkasten und Explosionskopf gemeinsam. Nach der Fabrikinspektion „muß angeommen werden, daß der Wasserverschluß nicht genügend gefüllt war (auch das noch!), sodass die nicht kondensierbaren feuergefährlichen Gase in den zu reinigenden Kessel drangen und sich an der Lampe des Arbeiters entzündeten.“ Selbst der Beamte kann sich nicht enthalten, leider zu spät zu bemerken: „Der Unfall lehrt wiederum, daß derartige gemeinsam betriebene Apparate stets vor der Begehung vorsichtig und sicher von den übrigen zu trennen oder durch Blindflanschen abzupерnen sind.“ Mögen sich vorsichtige und gewissenhafte Arbeiter häufig in ähnlichen Fällen vor dem Besteigen des Kessels auf diese amtliche Warnung berufen! Wie traurig es mit der Kontrolle der privaten Dampfkessel-Überwachungsvereine der Unternehmer bestellt ist, lehrte ein Unfall in einer Schwefelsäurefabrik desselben Bezirks, wo Druckgefäß, die zum Transport der Säure auf die Güterwagen dienten, in einer Grube allmählich widerstandsunfähige Böden bekommen hatten, ohne daß die Ingenieure des Vereins das Geringste gemerkt hatten. Ein solches Druckgefäß platzte und tötete einen armen chemischen Fabrikarbeiter. Jetzt ließ der Fabrikinspektor die Gefäße freilegen und sie durch kleinere, jederzeit zugängliche ersetzen. Über erst mußte ein Proletarier den kleinen Fortschritt mit seinem Leben bezahlen!

Ganz ähnliches kam, wie in der Harzdestillation, in einer chemischen Fabrik des Bezirks Wiesbaden, vermutlich in Höchst, vor, und zwar durch Ersticken an Benzoldämpfen in einem nicht genügend gelüfteten und abgeschlossenen Kessel, der geeignigt werden sollte. Der Wiesbadener Fabrikinspektor verlangt deshalb folgende Vorsichtsmahregeln: „Beim Besteigen von Apparaten, Druckgefäß u. s. w. zum Reinigen oder Ausbessern ist mit der größten Vorsicht zu verfahren. Daselbe darf nur unter ständiger Aufsicht einer erfahreneren Persönlichkeit erfolgen. Die betr. Apparate, Gefäße u. s. w. sind vorher durch länges Offenstehen, Auslöchen, Stehen mit Wasser, Durchblasen von Luft oder Dampf von allen schädlichen Gasen und Dämpfen zu befreien. Sämtliche Dampfleitungen und Leitungen für Flüssigkeiten sind abzunehmen oder wenigstens mit einem Blindflansch zu versehen. Die einsteigenden Arbeiter sind anzuseilen und dürfen anfangs nur 10 Minuten ununterbrochen in den Apparaten bleiben und erst nach einer Pause von gleicher Dauer aufs neue einzusteigen. Wenn dieselben längere Zeit in den Apparaten verweilen müssen, so muß in diese ständig frische Luft eingeblasen werden. Nach Beendigung der Arbeit müssen die Arbeiter den Anzug einschließlich der Fußbekleidung wechseln und ein Bad nehmen.“ Unsere Kollegen sollten auf der wörtlichen Innehaltung dieser Vorsichtsmahregeln schon deshalb von jetzt ab hartnäckig bestehen, weil es einmal auszuprobieren gilt, wie preußische Unternehmer die Vorschriften preußischer Fabrikinspektoren zu beachten geneigt sind. Wir erfahren sonst die Anordnungen der Beamten selten wörtlich. Hier haben wir sie für sehr ernste und gefährliche Arbeiten gedruckt vor uns. Halten wir sie den Ingenieuren und Arbeitern, die uns zu Arbeiten antreiben wollen, bei denen die Vorsichtsmahregeln nicht beobachtet werden, unter die Nase und suchen wir einmal regelmäßig festzustellen, ob die Herren solche Freunde der Gesetzlichkeit und Ordnung sind, wie sie sich uns gegenüber und bei den Behörden sonst ausgeben. Ihre Erfahrungen aber mit diesen Dingen sollten die Kollegen dann prompt dem Verband und unserem Verbandsorgan mitteilen. Wir werden sie an geeigneter Stelle, eventuell auch im Reichstage durch unseren Vorsitzenden Brey bewerten.

Wie wenig billige und ungelernte Arbeiter in chemischen Fabriken taugen und wie gut es wäre, wenn unsere Volksschule dem Proletarier ein tüchtiges Stück naturwissenschaftliches Wissen mitgäbe, geht aus einer hochinteressanten Mitteilung des Hannoverschen Auffichtsbeamten hervor. In der Aetherabteilung einer chemischen Fabrik war der Ablaufhahn des großen Vorratsbehälters mit einem zum Auffüllen dienenden Gummischlauch versehen, dem in der Mitte ein Stück Glasrohr eingefügt war. Das untere Ende des Gummischlauchs wurde in das Spundloch des etwa 200 Liter fassenden Vorratsbehälters eingehängt. Der seit längerer Zeit mit dem Auffüllen beauftragte Arbeiter hatte nun bei trockenem Wetter wiederholte Beobachtet, daß zwischen der durch die Aetherverdunstung kalten und feuchten Außenseite des Glasrohrs und dem eisernen Fasse elektrische Funken von 10—20 Zentimeter Länge über sprangen. Auch bei feuchtem Wetter, wo es zu keiner Funkenbildung kam, wurde ein elektrischer Spannungszustand festgestellt. „Als das Glasrohr durch ein Eisenrohr erlegt wurde, trat die Spannung nicht mehr auf. Sie war somit durch die beim Ablauen erfolgende Rührung des Aethers an der inneren Wandung des Glasrohrs entstanden.“ Die Fabrikinspektion meint, daß die Erscheinung vielleicht zur Erklärung mancher bisher „rätselhafter“ Explosionen beim Auffüllen feuergefährlicher Stoffe dienen könne, und verlangt häufiglich eine Handvoll Alionäre einzufordern, 99 000 Menschen die Verniedlung von Glas bei solchen Arbeiten mit Aether zu leben haben. Tatsächlich stellen sich die Jahresturhöhren-

Schwefelkohlenstoff und Aether. Wir sagen: wie oft mag da wahre für die in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter nicht schon ein Arbeiter der „Unachtsamkeit“ und des „Leichtsuns“ beschuldigt worden sein, vollends, wenn er infolge seiner Tötung bei der Explosion nicht mehr leben konnte?

Ganz billige und vielleicht anderswo trotzdem schlender Schutz gegen die Wirkungen nitroser salpetrigerer Gase vermittelt die chemische Fabrik Rhenania in Dortmund ihren bei der Herstellung von Schwefel- und Salzsäure beschäftigten Leuten nach der Angabe des Arnsberger Fabrikinspektors. In einem jederzeit leicht erreichbaren kleinen Schrank stellt sie drei kleine Fläschchen auf, die eine Lösung von 5 Tropfen des als Gegenmittel angeblich bewährten Chloroform in Wasser enthalten. Den Arbeitern ist Anweisung gegeben, den Inhalt der Fläschchen einzunehmen, wenn sie nitrose Gase eingeatmet haben. Vielleicht machen die Kollegen in der Fabrik uns einmal Mitteilung darüber, ob sich die Vorkehrung wirklich bewährt hat.

Der beste Arbeiterschutz bei der chemischen Industrie besteht freilich nicht in solchen Palliativmittelchen, sondern in der Hebung der Arbeiter durch kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne und gute Behandlung. Die chemischen Fabriken müssen aufhören, Taubenschläge zu sein, aus denen sich jeder ehrliebende und gebildete Arbeiter so bald als möglich flüchtet. Das bestätigt mittelbar auch der Düsseldorfer Fabrikinspektor, wenn er schreibt: „Angelernte und solche Arbeiter, die von Betrieb zu Betrieb wandern, unterstützen die: ihrem Schutz getroffenen Einrichtungen wenig. Mangelnde Erfahrung, fehlendes Interesse, Leichtfertigkeit und Bequemlichkeit sind für sie häufig die Ursachen von Verlebungen. Diese Erscheinungen zeigen sich besonders auch in chemischen Fabriken. In ihnen tritt verschärfend hinzu, daß es den Arbeitern meist unmöglich ist, die Arbeitsvorgänge zu verstehen und die in ihrer Durchführung liegenden Gefahren als solche zu erkennen.“ Sehr schön gesagt! Möchten aber uns nun mehr auch die preußischen Gewerbeinspektionen helfen, die Arbeitsverhältnisse in den chemischen Fabriken dauernd so zu gestalten, daß die Leute nicht mehr „von Betrieb zu Betrieb wandern“, sondern sich wegen der gezahlten Löhne, der angemessenen Arbeitszeit und guten Behandlung wohl fühlen und einarbeiten. Nachher wollen die organisierten Arbeiter gern, was ihnen an Naturwissenschaft von der Volkschule vorerhalten wurde. Man gebe ihnen nur Zeit und Gelegenheit dazu!

Angeblich sind ja 1906 nach dem Düsseldorfer Inspektor in der chemischen Industrie seines Bezirks Lohnhöhungen von 4 bis 8 Prozent eingetreten. Aber wir können daran nicht recht glauben. Wo unsere Kollegen richtig waren, mögen einige Ausbesserungen erzielt sein; sonst aber kann wenigstens von 8 Prozent Lohnauflauf wohl kaum die Rede sein. Im Gegenteil: an anderer Stelle seines Jahresberichts muß der Düsseldorfer Beamte von einer Rückständigkeit in den Arbeitsverhältnissen der chemischen Industrie erzählen, die an die Urtümste im deutschen industriellen Leben beim ersten Aufblühen des Kapitalismus erinnert. Eine Fabrik erlaubte, daß ihr Kantinenwirt den Arbeitern Blechmarken von 3—4 Mk. täglich abgab, für welche die Leute Bier, Zigaretten, Wurst usw. erhielten. Diese Marken dienten als Zahlungsmittel der Arbeiter untereinander, weil sie die Fabrik anerkannte und bei der Lohnzahlung in Abzug brachte, offenbar, nachdem sie der Wirt eingeliefert hatte. Das war ein Missbrauch, den man aus modernen Fabriken für endgültig verschwunden hält, der sich sonst nur noch in Ziegeleien findet, zum gedankenlosen Altkoholgenuss verleitet und den Arbeiter der Ausbeutung des Kantinenwirts überließ. Wie tief müssen chemische Arbeiter stehen, die sich so etwas gefallen lassen, bis der Fabrikinspektor auf Grund des § 115 der Gewerbeordnung (sog. Trickverbot) einschreibt! Wo solche Dinge noch vorkommen können, ist von der staatlichen Aufsicht, vor allem von der Arbeiterorganisation und der allgemeinen Aufklärung noch viel zu leisten, ehe auch nur der Grund zu einigermaßen gesunden Verhältnissen gelegt ist.

### Gold aus Arbeiterschweiß.

In übereichem Maße ergoss sich das Füllhorn des wirtschaftlichen Segens über die Unternehmer. Gold, viel Gold, Millionengewinn heimsten die Papierinhaber ein. Gold, gepresst aus Arbeiterschweiß! Und die Könige der chemischen Industrie haben das Umwerben von Arbeiterschweiß in Gold für die eigene Tasche ganz ausnehmend gut verstanden. Die chemische Industrie steht in der Rentabilitätsstatistik an erster Stelle. Und besonders das letzte Jahr war für sie ertragreich. Die Rentabilität für das in der chemischen Industrie angelegte Kapital illustriert folgende Tabelle. Es erzielten Dividenden:

	1902	1903	1904	1905	1906
	in Prozenten				
Badische Anilinfabrik	26	26	24	27	30
Elberfelder Farbenfabriken	22	25	30	33	36
A.-G. für Anilinfabrikation	16	16	22	22	22
Höchster Farbwerke	20	20	20	24	30

Das sind jedenfalls Gewinne, die selbst nicht ganz bezeichnend Ansprüchen genügen können. Zum Beweise dafür, daß die Chemiker, deren Handwerk in Dividendeneinstreicherei besteht, ganz besonders von der Dividendengötzin begnadet sind, sei noch vermerkt, daß die von sämtlichen industriellen Aktiengesellschaften pro 1906 erzielte Dividende sich zwischen 10—12 Prozent bewegt.

Die vorstehenden Prozentziffern lassen aber noch gar nicht erkennen, um welche Summen es sich dabei handelt. Sie verdienen aber bekannt zu werden, sie dürfen sich jedoch lassen! Allein für die nachfolgend genannten 8 Gesellschaften kommt ein Reingewinn heraus, von dem 30 000 Familien ein Jahr lang leben könnten, wenn man für jede Familie 1500 Mk. Jahreseinkommen annimmt. Rechnet man pro Familie 3 Köpfe, dann würden von den Summen, die ichlich mancher bisher „rätselhafter“ Explosionen beim Auffüllen feuergefährlicher Stoffe dienen könne, und verlangt häufiglich eine Handvoll Alionäre einzufordern, 99 000 Menschen die Verniedlung von Glas bei solchen Arbeiten mit Aether zu leben haben. Tatsächlich stellen sich die Jahresturhöhren-

auf noch nicht 1200 Mk.; im Jahre 1905 genau auf 1026,46 Mk. Es müssen demnach ca. 40 000 Arbeiter ein Jahr sich abrackern, um das zu erlangen, was die 8 Gesellschaften an Reingewinn herausgewirtschaftet haben.

Wie sich die Gewinne auf die einzelnen Gesellschaften verteilen, zeigt folgende Zusammenstellung:

Gesellschaft		Brotgewinn 1905		Abschreibungen 1905
	1905	1906	1905	1906
Badische Anilin	17485	18419	4424	4453
Berliner Anilin	7359	8417	1569	2016
Elberfeld. Farben.	15541	—	—	10494
Höchster Farben.	—	—	2202	2363
Griesheim, Ele.	6329	7009	1769	2150
Chemische Werke	4674	5468	484	598
Allert.	2337	2961	527	556
Rütgerswerke	2145	2802	231	608
Gehring	—	—	830	830

Die Summe des Reingewinns der vorstehenden 8 Gesellschaften stieg von rund 39 Millionen Mark im Jahre 1905 auf rund 44½ Millionen Mark im Jahre 1906. Das ist eine Zunahme um 14 Prozent! Das sind Zahlen, die der weitschweifenden Phantasie Märchenbilder aus „Tausend und einer Nacht“ vor das geistige Auge zaubern können. Ja, mit solchen Reichtümern könnte man die Erde zum Paradies werden lassen für viele, viele Menschen; jetzt dienen sie aber nur dazu, einige wenige Personen zu beglücken und viele Tausende immer mehr und mehr auszubuten. Ein Teil des Gewinnes wird wieder zum Kapital geschlagen und muß ebenfalls Zinsen bringen. Der Reingewinn der acht Gesellschaften, die doch nur einen Bruchteil der Gesamtindustrie darstellen, genügt, um jedem Arbeiter, deren Zahl wir für 1900 auf rund 200 000 schätzen, eine Lohn erhöhung von 222 Mk. zukommen zu lassen. Erklärlicherweise sind die Gesellschaften sehr diskret mit ihren Angaben. Kein Geschäftsbuch macht direkte Mitteilungen über die Zahl der beschäftigten Arbeiter. Für die Badische Anilinfabrik läßt sich die Arbeiterzahl mit einiger Sicherheit aus dem Kataster der Pensionsklassen feststellen; darnach waren zum Beispiel bei diesem Werk am Jahresende 1906 7551 Personen beschäftigt. Da der erzielte Reingewinn 9 151 988 Mark beträgt, die Summe der Abschreibungen 4 363 813 Mark, entfällt auf den Kopf der Arbeiter ein Reingewinn von 1212 Mk. und 578 Mk. Abschreibungen für ein einziges Jahr!

Das Aktienkapital dieser Gesellschaft beläuft sich auf 21 Mill. Mk., die Obligationsschuld auf 10 Mill. Mk., die Summe des werbenden Kapitals mithin auf 31 Mill. Mk. In den letzten 6 Jahren sind aber allein an Dividenden 32 970 000 Mk. ausgeschüttet worden; zuzüglich der gezahlten Zinsen stellt sich die allein für das Kapital abgestockte Summe auf 33 731 254 Mk. Außerdem sind an Tantiemen verteilt worden 6 784 760 Mk. Weiter ist in den letzten 6 Jahren das ganze Aktienkapital einmal abgeschrieben worden, ja sogar noch darüber hinaus; die Gesamtsumme der Abschreibungen für die genannte Zeit stellt sich nämlich auf 26 674 658 Mk. Nehmen wir an, daß im Durchschnitt der Jahre sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf 7000 stellt, dann hat jeder Arbeiter in den 6 Jahren allein für Dividenden und Tantiemen 5679 Mk. erarbeitet. Da kann man wahrlich mit Recht sagen: Das ist Gold, gepreßt aus Arbeiterschweiß!

So will es die göttlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung! Die Arbeiter, die in den Gishöhlen ihre Arbeitskraft opfern, denen die todtbringenden Ausdünstungen und Gifte frisch die Lebenskräfte verderben, den Leib zerstören, das Neuherrn verunstalten, ekelhaft und schmerzhafte Gebrechen, Siechtum und Invalidität bringen, werden mit largem Lohn abgefunden. Den Aktionären aber, die im Winter die sonnen-durchwärmte Flora Italiens genießen, im Sommer an den fühligen Gestaden der Nord- und Ostsee sich ergehen, oder auf einem mit dem raffiniertesten Komfort ausgestatteten Dampfer das Mittelmeer durchkreuzen, so neue Kräfte sammeln für die Winterarbeit in Italien und dort sich erholen von den Strapazen der Sommerferien, ihnen ziehen in verschwenderischer Fülle die Gewinne zu, die aus den Arbeitern herausgepreßt wurden.

Man verrate uns, was so ein westenbummelnder Aktionär der menschlichen Gesellschaft für Dienste bietet. Wir sagen: er leistet nicht nur keine Dienste, die Dividenden schützen ist eine Geizel für die Gesellschaft. Für den denkenden Arbeiter ist es eine moralische Pflicht, nach Mitteln und Wege zu suchen, um dem widersinnigen Zustande, daß einzelne Wenige, die nicht arbeiten, im Überfluss leben, während Millionen Proletarier bei schwierlicher Arbeit hungern und sterben, ein Ende zu bereiten. Und die nächste praktische Betätigung in dem Streben, jenem Übel zu steuern, ist der Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation, um in der Lage zu sein, im geschlossenen Zusammensein, von einem Wunsche beseelt, von einem Gedanken beherrscht, von einem Willen geleitet, dem Unternehmertum bessere Arbeitsbedingungen abzutragen zu können.

Hinein in den Verband, werbt Rekruten zur Stärkung unserer Bataillone!

### Die höchste Dividende mit 36 Prozent

von allen chemischen Fabriken Deutschlands zahlen in diesem Jahre die Farbenfabriken vorn. Friedr. & Co. in Elberfeld, trotzdem für Abschreibungen 3½ Millionen Mark verwendet werden, so daß sie sich in diesem einzigen Jahre allein auf über 20 Prozent der Anlagewerte stellen, und trotzdem alle Tantiemen (403 200 Mk.), Produktionen und Erosen, Reparaturen und Geschäftsaufwendungen abgezogen sind. Saon vor zwei Jahren stieg der Dividendenzuschlag um 3,1 Mill. Mark, im Vorjahr um 2,5 Mill. Mark und diesmal um 1,3 Mill. Mark. Die Zugänge beim Vertragen lassen sich auf diesmal, wie selbst bürgerliche Börsenblätter sagen, auf dem Geschäftsbericht jährlichmäßig nicht ersehen, doch warten sie ancheinend wieder recht bedeutend, da trotz der hohen

Abreibungen der Buchwert der Grundstüde und Gebäude weiter von 9,40 Mill. Mark auf 18,17 Mill. Mark angewachsen ist. Maschinen und Geräte sind mit 4,45 Mill. Mark (4,41 Mill. Mark) eingestellt. Die laufenden Verbindlichkeiten haben sich weiter von 10 Mill. Mark auf 12,03 Mill. Mark erhöht; demgegenüber waren in bar, Banknoten und Wechsel nicht weniger als 23,20 Mill. Mark (21,88 Mill. Mark) vorhanden; die Vorräte sind in einem Posten mit 12,80 Mill. Mark (11,88 Mill. Mark) bewertet und bei Schuldnern standen 8,0 Mill. Mark (7,68 Mill. Mark) aus. Die Reserven enthalten 5,87 Mill. Mark, die Spezialreserven erhöht sich auf 8,85 Mill. Mark, bei 21 Mill. Mark Grundkapital! Das ein solcher Geschäftsbereich die Stärke haben darf, von „fordauernd hörbar gedenken“ zu reden, erklärt sich aus der vollkommenen Gleichgültigkeit, mit welcher die chemischen Arbeiter bisher die Angaben ihrer Kapitalisten betrachtet haben. In der Bewilligung der Preußischen Aktiengesellschaft führt natürlich ebenfalls leuter einflussreiche Scharfmacher, gewisse Eisenbahnpfarrer und Geheim-Regierungsräte, die sich ihr Gehalt durch die riesigen Landesbezüge aufzubessern und dafür im Staat sorgen, daß die Gesellschaft nicht zu sehr gebraucht wird. Der bekannte reaktionäre preußische Landtagsabgeordnete Gau wurde als Aussichtsratsmitglied wieder gewählt. Da kann es nicht fehlen!

### Vom Blühen des chemischen Kapitalgewinnes

zeigen auch die Neugründungen und Kapitalerhöhungen dieser Industrie im letzten Monat. In der chemischen Branche wurden allein während des Monats April 1907 neu gegründet eine Aktiengesellschaft mit 2 Mill. Mark Aktienkapital und 8 Gesellschaften m. b. H. mit 417 000 Mill. Gesellschaftskapital zusammen. Kapitalerhöhungen übernahmen vor einer Aktiengesellschaft um 500 000 Mill. und eine Gesellschaft m. b. H. mit 18 000 Mill. Das in der chemischen Industrie Deutschlands allein während des Monats April 1907 neu angelegte Kapital betrug 2 935 000 Mill. gegen 1 280 000 Mill. im Vorjahr, mit anderen Worten beinahe das Dreifache. Soviel haben die Herren Unternehmer von ihrem Meister, den sie als Arbeitertypen herausholten, bei allem Luxus gar nicht verzeihen und vertun können, sondern diese beinahe 3 Millionen Mark ausgehöhlter Arbeit beziehen sie in einem einzigen Monat übrig, um sie nun von neuem zu steigerter Arbeitsausbeutung anlegen zu können. Welche gerechte und gute Weltordnung!

**X. Begegnungen bei Offenbach.** Aus unserem Elb- und d. Der maßgebende Einfluß, den die Eigentümer der Caffellaichen Farbwerke auf die Gestaltung unserer Gemeindeverhältnisse durch haben, daß sie infolge ihrer Steuerleistung die erste und zweit stolze der Gemeindererzung a. l. e. i. h. hat wieder eine Blüte gezeigt, die nicht nach Gemeindewohl und Uniegnugigkeit dient. Der sozialdemokratische Vertreter im Gemeindeskollegium hatte in Anbetracht der für gewaltig meistreichen Gemeindeausgaben für Schule und Schöpfung der Beamtengehälter den Antrag gestellt, den Prozentsatz der Kommunalsteuer von 70 auf 80 Prozent der Einkommenssteuer heraufzusetzen. Die Fabriknehrheit im Gemeindeskollegium lehnte diesen Antrag ab mit der Behauptung, man könne mit dem bisherigen Steuersatz noch auskommen. Die in den letzten Tagen veränderten Steuerantragungen beweisen aber das Gegenteil. Sie haben bei den Arbeitern nicht wenig überzeugt, denn sie zeigen eine allgemeine Steigerung der bisherigen Leistungen. Die Farbwirtschaft wußte also bei der Ablehnung der Erhöhung des Steuersatzes ihr Interesse wohl zu wahren, denn wenn die Erhöhung eingetreten wäre, wären die Farbwerke zu einer Abreise von jährlich 10 000 Mill. verpflichtet. Diese Leistung ist nun von den starken Schultern der Großindustrie mit ihren riesigen Reingewinnen glücklich auf die schwachen Schultern der Arbeiter abgewälzt worden.

### Berichtigung.

In der von uns herausgegebenen Schrift „Profit und Arbeit in der chemischen Grossindustrie“ wolle der Leser auf Seite 6, Zeile 20 bis 37, gütigst die Ziffern, die durch ein technisches Versehen unrichtig wiedergegeben sind, wie folgt berichtigten:

Dort wurden 1902/03 die Aktien von nicht weniger als 125 chemischen Aktiengesellschaften auf den Börsen gehandelt, d. h. gekauft und verkauft als gute Profitanlagen für Kapitalisten, die auf bequeme Weise, durch blosse Anschaffung solcher Papiere, sich einen hohen Gewinn von ihrem Geldbesitz sichern wollen. Diese 125 preussischen Aktiengesellschaften der chemischen Industrie hatten ein Kapitalsvermögen von nicht weniger als rund 282 Millionen Mark. Davon entfielen auf die chemische Grossindustrie 37 Gesellschaften mit 80,8 Millionen Mark, auf die Herstellung von Explosivstoffen und Zündwaren 14 Gesellschaften mit 44 Millionen Mark, auf die Fabrikation von Gas, Carbid und Acetylen 43 Gesellschaften mit 41,2 Millionen Mark, auf die Produktion und Abfuhr von Dünger 11 Gesellschaften mit 28,5 Millionen Mark, auf die Oel-, Seifen- und Kerzenfabrikation 9 Gesellschaften mit 17,5 Millionen Mark, und endlich auf Farben- und Bleistiftfabriken 11 Gesellschaften mit 69,3 Millionen Mark Aktienkapital.

Der Verlag.

### Aus den Ziegelfeilen.

#### Arbeitszeit und Lohn in preußischen Ziegelfeilen.

H.

Im vorherigen Nummern unserer Bandesorgans erfuhrte mit verschiedenem Interesse dafür erfuhr, daß die Arbeitszeit eine ungemein lange für die Ziegelerbeiter ist. Es liegen diese lange Arbeitszeit auf die Gemüthsruh der Unternehmer und die urtheilvolle Einschätzung darum. Wir sind uns der Sichtweise des Betriebes, welcher in dieser unfeierlichen Rüffung gegen die Unternehmer liegt, fast wohl bewußt, schauten aber dazu, daß die Unternehmer in der Ziegelfabrikarbeiter in den Bogen sind, ihn entkräften zu können. Es liegt aber für die Ziegelerbeiter kein geringerer Grund dar, warum er ununterbrochen lange Arbeitszeit von Kindern und schwachen Arbeitern zu gefordern. Es fehlt nicht an Erfahrungen, diese lange Arbeitszeit zu rechtfertigen mit den Erfahrungen der Arbeiter. Ein solcher Bericht untermauert der Betriebsteller einer Ziegelfabrik aus dem Hause des Betriebes. Er meinte: „Die 14—15-stündige Arbeitszeit entsteht dem Wunsche der Arbeitgeber, die fern von der Familie, auf dem oft abgelegenen Ziegelfeld mit ihrer ganzen Seele arbeiten müssen. Verlangt, die Arbeitszeit fortzusetzen, indem dabei an deren Sicherheit geschieht.“

Wenn es dennoch längere Arbeitszeit gäbe, dann würde es nur die Menschlichkeit verhindern, wenn über die verdeckten Folgen längere Arbeitszeit zu schützen zu geben. Wenn Selbstverständlichkeit, sonst Selbstzufrieden, längere Arbeitszeit einzugehen zu können, dann liegt keine Be-

lastung vor. Es würde auch kaum eines großen Aufwandes an Lehrengung den Arbeitern gegenüber bedürfen, um bei ihnen das Bewußtsein zu wecken, daß solche lange Arbeitszeiten nur von Nebel für sie sind. Aber wir glauben gar nicht daran, daß die Verlegenheit, für freie Zeit keine Verwendung zu haben, Ziegelerbeiter veranlaßt haben könnte, sich gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit zu wenden. Was bleibt denn bei Verkürzung einer 15stündigen Arbeitszeit für freie Zeit übrig, deren Loschlagen irgend einem Kopfschmerz verursachen könnte? Stegnen wir 9 Stunden für Ausruhen des Körpers, so blieben für Waschen und Kleidigen und Genießen frischer Luft bei Verkürzung der Arbeitszeit auf 12 Stunden nur noch 3 Stunden übrig. Deren Verwendung wird gewiß allzu große Sorgen nicht veranlassen.

Diese Sorge ist es auch nicht, die irgend einen Ziegelerbeiter zum Feind gegen die Verkürzung der Arbeitszeit machen könnte. Weit eher könnte man annehmen, daß aus Furcht, einen niedrigen Verdienst zu erlangen, Ziegler für lange Arbeitszeit eine Vorliebe haben. Das wäre dann aber eine Verwechslung von Ursache und Wirkung. Denn die lange Arbeitszeit ist die Ursache, daß die Löhne der Ziegler heute unzureichend sind. Wir sagen: unzureichende Löhne! Wer sich ein Bild von der Bezahlung der Ziegelerbeiter machen will, der lese das, was die Delegierten auf der Zieglerkonferenz zu Magdeburg Pfingsten 1906 über ihre Bezahlung aussagten. Er wird staunen ob der Jammerlöhne, über welche da berichtet werden. Sollte es Deute geben, welche die dort gegebenen Angaben bezweifeln wollten, so möchten wir diese auf Angaben verweisen, die sich im Fabrikinspektorenbericht über Ziegelerbeiterlöhne finden. So berichtet der Beamte für Guimbinen, daß „sehr niedrige Löhne, 80—90 Pf. täglich (bei freier Wohnung und Bettstattung), stellenweise an die ausländischen Arbeiter in den Ziegelfeilen bezahlt werden.“ Es ist kein Wort des Nachweises darüber zu verlieren, daß diese Bezahlung, 80—90 Pf., mehr als niedrig ist. Rechnet man Lohn und Kosten pro Tag mit einer Mark, so ergibt sich für diese erwachsenen Arbeiter bei der 14stündigen Arbeitszeit ein Stundenlohn von 18 bis 14 Pf. Diese Bezahlung ist nun nicht etwa erfolgt wegen ungünstigen Geschäftsganges! Wie in der gesamten Industrie, so war auch in der Ziegelfabrik ein günstiger Geschäftsgang zu verzeichnen, der bei guten Verkaufspreisen die Lagerbestände räumte und lebhafte Nachfrage nach neuen Erzeugnissen erzielte ließ. Unter dem Einfluß der Hochkonjunktur konnte die Durchschnittsdividende in der Zement- und Ziegelfabrikindustrie auf 11,65 Prozent gesteigert werden. Sie rangierte mit dieser Durchschnittsdividende an dritter Stelle, nur von der chemischen und Montanindustrie übertroffen.

Auch in dem Bezirk, aus welchem über die Jammerlöhne berichtet, war der Geschäftsgang ein solcher, daß das Arbeitspersonal vermehrt werden mußte, weil das Geschäft besonders in Drainrohren ein gutes war und lohnenden Absatz gestattete. Trotzdem eine solche elende Bezahlung, welche selbst einem preußischen Fabrikinspektor die Bezeichnung „Niedrig“ abringt.

Wo blieb bei diesem Geschäftsgange die Betätigung der Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit, welche alle Interessengegensätze in einer höheren Einheit ausgleichen soll? Wo befähigte hier sich die Arbeiterfreundlichkeit des Unternehmers, welche dem tüchtigen fleißigen Arbeiter für gute Leistung angemessenen Lohn gewährt, wo war die gerade in den letzten Wochen so über den Schellenhaus gelebte Fürsorge der Arbeitgeber für die Arbeiter? Die Arbeitgeber dachten, wie das so der Konkurrenzkampf mit sich bringt, an sich und ihren Gewinn. Daß der letztere auch durchweg eine Erhöhung der Lohnrate gestattet hätte, ist ihnen nicht eingefallen.

Man sollte nun meinen, daß die Gunst des Geschäftsganges im Bunde mit dem Tiefstand des Lohnes eine lebhafte Lohnbewegung hätte herausbeschönen müssen. Ringen und Streben nach besserer Bezahlung hätte schon die fortgesetzte Steigerung der Preise für den Unterhalt gerechtfertigt. In den Jahren 1905 und 1906 haben die Fabrikinspektoren fortgesetzt und allgemein von einer Steigerung der Lebensmittel und auch der Preisen berichten müssen. Die Steigerung des Unterhalts hat auch in allen Arbeitergruppen höchstwahrscheinlich Ränge ausgelöst. Da hätte man erwarten müssen, daß die Ziegelerbeiter als die miserabelst entlohnten Arbeiter mit in diesem Kampf nicht zurückbleiben würden. Gleichwohl sind die Lohnbewegungen in den Ziegelfabrikindustrie spärlich gewesen. Soweit unsere Organisation an den Kämpfen beteiligt, haben wir über deren Erfolg und Umfang bereits berichtet. Was die Fabrikinspektoren über Lohnsteigerungen zu berichten wissen, ist spärlich. Es kommen da nur zwei Bezirke in Betracht: Liegnitz und Düsseldorf. Im ersten Bezirk wird die Lohnsteigerung auf 10, im zweiten Fall auf 5—8 Prozent angegeben. Außerdem werden noch zwei Ausfälle an Ziegelfeilen im Bezirk Boizenburg bekannt gebracht. Dieser Mangel an Energie zur Erlangung günstiger Bezahlung ist auf die noch nicht genügende Beteiligung an der Organisation zurückzuführen. Unsere Kollegen werden nicht erlaubt, diesem Mangel abzuhelfen.

Lange Arbeitszeit ist im Leben des Arbeiters die Quelle vielerlei Leid, den Arbeitern, seine Familienumgebung bedrohender Leid. Mit langer Arbeitszeit steht in ursächlichem Zusammenhang jene Erkrankung des Geistes und Körpers, welche einer Zunahme der Unfälle förderlich ist; der langen Arbeitszeit sind geschuldet die mancherlei Erkrankungen, die dem Leben der Ziegelerbeiter vorzeitig ein Ziel setzen mit Krankheit und frühem Tod, die Familien der Ziegelerbeiter dem Ende preisgeben. Und wenn aus verschiedenen Districten Deutschlands Klage geführt wird über die Zunahme des Verbrauchs von Alkohol und die Beleidigungen folgen, welche aus dem Alkoholismus erwachsen, so ist es wiederum die lange Arbeitszeit, welche den Arbeitern eben die Möglichkeit raubt, zu einem edleren und besseren Geiste aufzuschwingen. Der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit ist also ein aus Gründen der Gesundheit, der Menschlichkeit doppelt und dreifach berechtigter Kampf.

Wir sehen, daß neben langer Arbeitszeit einhergeht eine niedrige Bezahlung. Die lange Arbeitszeit ist die Ursache der

niedrigen Bezahlung, sie ist aber auch die Verantwortung, daß bislang das Wollen der Ziegelerbeiter, einen größeren Anteil an dem Erfolg der Arbeit zu fordern, so wenig Ausdruck gefunden hat. Die lange Arbeitszeit führt zur Erkrankung der Kollegen, läßt sie nicht zur Aussklärung und der Erkenntnis der Wege kommen, auf denen das Wollen in erfolgreiche Taten umgesetzt werden kann. Für die Ziegelerbeiter ist es erforderlich, daß sie sich unserer Organisation anschließen. Die Organisation ist die Zusammenfassung der Arbeiter zu gemeinsamem Wollen und Streben zwecks Verbesserung der Lage. Daß die Lage der Ziegelerbeiter noch aus einem anderen Gesichtswinkel, als aus dem der Arbeitszeit und des Lohnes heraus, gehoben werden muß, das werden wir in einem folgenden Artikel nachweisen. —

Mit der Eröffnung der Kampagne hat auch die Agitation unter den Ziegelerbeitern wieder begonnen. Wenn nicht alle Angetriebenen trügen, so wird dieselbe heuer weit lebhafter als in früheren Jahren. Überall sind die Kollegen eifrig an der Arbeit, die Beschlüsse der Magdeburger Zieglerkonferenz zu verwirklichen. An allen Orten, in denen Ziegelfeilen vorhanden sind, finden Versammlungen statt, um die Ziegler endlich für die Organisation zu gewinnen. Wohl werden die Versammlungen nicht immer den gewünschten Erfolg haben, doch wird Beharrlichkeit auch hier zum Siege führen. Wir müssen bei der Agitation stets berücksichtigen, daß die Ziegelerbeiter infolge der unmenschlichen Verhältnisse, die in den Ziegelfeilen noch herrschen, zum großen Teil noch zu den rückständigsten Elementen gehören. Sie sind eben auch ein Produkt der Verhältnisse. Wir dürfen deshalb auch bei einem momentanen Misserfolg nicht ruhen und rasen, sondern mit neuem Eifer immer wieder den Versuch machen, die Ziegler in das Heer der organisierten Kämpfer einzuführen. Die außerordentlich hohen Anforderungen, die an die physische Kraft der Ziegler gestellt werden, führen zur vollständigen Verflachung und Abstumpfung des Denkmögens. Daran erläutert sich auch die grenzenlose Gleichgültigkeit, mit der die Ziegler jedem Streben nach Besserung ihrer Lage, jedem Organisationsgedanken gegenüberstehen. Überdort, wo es gelungen ist, den Ziegeln die Unwürdigkeit der Verhältnisse, die Unwürdigkeit ihrer Lage zur Erkenntnis zu bringen, dort sind uns auch aus den Reihen der Ziegler klassenbewußte Willkürpfer und überzeugungstreue Kollegen entstanden. Überall, in allen Ziegelfeilen, in denen die Organisation festen Fuß gefaßt hat, sind die Kollegen bestrebt, ihre Lage zu verbessern. So haben wir in diesem Frühjahr schon eine ganze Reihe von Erfolgen zu verzeichnen, zu welchen fortgesetzt noch neue hinzugefügt werden, die aber infolge Raumangels nicht in ihrem ganzen Umfange abgedruckt werden können. Die jüngsten Erfolge, die aus Stettin (Ziegeler Kraft), Speyer (V. Schenck) und Dresden (Ziegler Richter) gemeldet wurden, haben ohne Arbeitseinstellung eine 10 bzw. 16 prozentige Lohnsteigerung, teilweise eine Arbeitszeitverkürzung und noch verschiedene andere Vorteile, z. B. Freigabe des 1. Mai usw., zu verzeichnen.

Sind diese Erfolge auch noch lange nicht das Mindestmaß dessen, was wir zu einer menschenwürdigen Existenz unbedingt erachten, so sind sie immerhin eine bedeutende Abschlagszahlung, die in uns die Hoffnung erweckt, in nicht allzu ferner Zeit die ganze Forderung zu erhalten. Sie sind aber auch ein Beweis, daß die Ziegler wohl in der Lage, die gesamten, aller Kultur hohinprechenden Verhältnisse in den Ziegelfeilen umgestalten, wenn sie ihre verdorbene Gleichgültigkeit abschaffen und sich der Organisation anschließen. Für alle Kollegen aber muß das ein Ansporn sein, unablässig zu arbeiten und weiter zu wirken, bis auch der letzte Ziegler organisiert ist, damit sie an den allgemeinen Kulturgütern teilnehmen können. Erfolgt uns das, die Möglichkeit ist vorhanden, so haben wir ein gutes Stück Kulturaufgabe geleistet.

**Auch ein Jubiläumsjubiläum.** Wie Arbeitgeber ihren Arbeitern für langjährige Tätigkeit zu danken verstehen, dürfte der nachstehende Fall, der uns aus einer Braunschweiger Ziegelfabrik mitgeteilt wird, verdeutlichen.

Am 29. April — genau an dem Tage, an dem er sein 25jähriges Arbeitsjubiläum in dem Bezirk feierte — wurde unser Kollege Peter Kloßbach wegen seines Eintretens für die Organisation auf direkte Anweisung entlassen, mit dem Bemerkens des Betriebsführers: „Sie haben genug gesetzt.“ Der Kollege ist also für eine gelegentlich durchaus zulässige Handlung aufs Straßenpflaster geworfen. Wahrschlich, die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit macht riesige Fortschritte.

### Aus unserer österreichischen Bruderorganisation.

Der Verband der in der Papier-, chemischen- und Guimbinen-Industrie Österreichs beschäftigten Arbeiterschaft berichtet über die Tätigkeit des Verbandes in den Jahren 1906 und 1907.

Die Mitgliederzahl ist in den zwei Jahren von 6886 auf 20 027 gestiegen, die Zahl der Ortsgruppen erhöhte sich von 100 auf 188.

Da die für unsere Bruderorganisation in Betracht kommende Arbeiterschaft sich auf 95 580 bezieht, so sind rund 21 Prozent derselben organisiert. Die erstaunliche Entwicklung des Verbandes zeigt nachstehende Tabelle:

	1904	1905	1906
Mitgliederstand . . . .	6 336	12 403	20 027
Gehaltsnahmen . . . Kr. 55 019,45	101 609,11	215 993,02	
Gehaltsabnahmen . . . .	43 771,08	94 566,80	164 288,53
Einnahmen in Beiträgen . . . .	52 568,60	99 449,18	214 589,77
Berücks. . . . .	38 712,31	40 751,02	92 459,06
Geburtenüberschüß . . . .	11 248,37	7 042,31	51 704,44

Die Lohnbewegungen haben im einzelnen sowie in der Gesamtzahl ziemlich häufig Rejoluta aufzuweisen. Im Jahre 1905 fanden 27 Lohnbewegungen statt, an welchen 5777 Arbeiter und Arbeiterrinnen beteiligt waren. Von diesen endeten 6 mit vollem, 17 mit teilweise und 4 ohne Erfolg. Errungen wurde für die Arbeiter der 23 Betriebe, wo die Lohnbewegungen mit ganzen oder teilweise Erfolg endeten, 183 980 Kronen pro Jahr mehr Arbeitseinkommen und eine Arbeitszeitverkürzung pro Jahr von 28 107 Arbeitstage.

Im Jahre 1906 fanden 28 Lohnbewegungen statt, an welchen 6320 Arbeiter und Arbeiterrinnen teilnahmen und von denen 9 mit vollem, 16 mit teilweise und 3 ohne Erfolg endeten. Die Lohnsteigerung und die Arbeitszeitverkürzung, welche in diesem Jahre in den erzielten 25 Fällen teilweise oder ganz erreicht wurden, beträgt 850 041 Kronen und 25 242 Arbeitstage pro Jahr.

Außerdem gewachsen sind die Ausgaben für Unterstützungen. Während sich im Jahre 1905 die Ausgaben für Bildungs Zwecke, Agitation, Verwaltung, Obersee und Gewerkschaftskommission auf 70 521,93 Kronen bezifferten, betragen die Ausgaben für Unterstützungen in diesem Jahre allein 92 211,35 Kronen. Von dieser Summe wurden an Krankenunterstützung 50 655,75 Kronen ausbezahlt und von diesem Betrag entfallen 34 990,58 Kronen auf die Krankenversicherung.

Ferner wurden im Jahre 1906 an Arbeitslosenunterstützung 16 217,04 Kronen, Renteunterstützung 2481,01 Kronen, außerordentliche Unterstützung 2953,68 Kronen, Gemäßregeltenunterstützung 11 836,50 Kronen und an Rechtsschutz 2534,40 Kronen ausbezahlt.

Zu den Berichtsjahren 1905 und 1906 wurden zusammen an Arbeitslosenunterstützung 4910,95 Kronen, Renteunterstützung 3912,85 Kronen, außerordentliche Unterstützung 4468,08 Kronen, Gemäßregeltenunterstützung 31 606,20 Kronen, Rechtsschutz 2595,68 Kronen und an Krankenunterstützung 74 114,01 Kronen ausbezahlt.

Alles in allem konstituiert der Bericht ein erstaunliches Fortschreiten der Organisation in jeder Beziehung; die im Juni tagende Generalversammlung wird voraussichtlich die finanzielle Kraftigung des Verbandes betreffende Beschlüsse fassen.



Bahnstellen	Quartal	In den Bahnhöfen aufgehalten			Einfahrtsgeld			Beiträge à 30 und à 40 Pf.			Beiträge à 20 Pf.			Gesamt. Gunn. f. d. Streif.			Zusam. a. d. Hauptstrecke			Sonstige Entnahmen			Gesamt-Gemahne			Erwerbs-losen-Unterh.			Rechtschutz			Gewohnterleben			Umgangsgeld			Gehobegeld			Streit-Unterhaltung			Sozial-Abgabengaben			In den Bahnhöfen aufgehalten			Gefangen-Abgabe			Zahl der Güter		
		M.	h.	s.	M.	h.	s.	M.	h.	s.	M.	h.	s.	M.	h.	s.	M.	h.	s.	M.	h.	s.	M.	h.	s.	M.	h.	s.	M.	h.	s.	M.	h.	s.	M.	h.	s.	M.	h.	s.	M.	h.	s.	M.	h.	s.									
Glückstadt	4	—	—	—	750	1371	70	—	—	—	450	—	—	1483	30	5	—	—	—	1383	70	62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	274	34	—	1017	36	1388	70	233														
Goldberg i. Sächs.	4	—	—	—	150	2760	160	—	—	—	6430	—	—	8430	6	7	—	—	—	3070	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5184	—	—	2486	30	70	6																
Göllnitz	4	—	—	—	2250	—	—	—	—	—	45960	1220	925	—	—	—	—	—	7830	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1286	—	—	5144	78	80	16																
Gotha	4	—	—	—	4	—	—	—	—	—	45960	—	—	—	—	—	—	—	48505	20720	1620	44	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16982	—	—	48048	87180	198	99																
Görlitz	4	—	—	—	2650	75950	1160	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	79760	7140	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9436	—	—	16729	48605	99	99																		
Göppingen	4	—	—	—	1640	4	—	25850	—	—	450	560	—	—	—	—	—	27890	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15422	—	—	50698	79760	176	176																		
Gößnitz	4	—	—	—	—	—	—	5510	—	—	—	—	—	—	—	—	5510	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5170	1240	—	19980	27990	51	51																			
Gräfelfing	4	—	—	—	6396	1	—	35930	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7186	6396	—	14534	42426	51	51																					
Gräfenhausen	4	—	—	—	—	1450	21840	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4328	40	—	9762	23090	52	52																						
Greppin	4	—	—	—	—	—	50	2440	—	—	240	—	—	—	—	—	—	2730	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	536	—	—	1794	2730	4	4																			
Grenzgöhren	4	—	—	—	20	9	—	21860	—	—	—	—	—	—	—	—	24760	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4376	41	—	15684	24760	52	52																				
Grefenhardt	4	—	—	—	—	50	17350	440	—	—	—	—	—	—	—	—	17840	57	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3558	80	—	582	17840	36	36																				
Gronau	4	—	—	—	4	7470	1660	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9530	2250	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1826	10	—	5430	13120	21	21																				
Großheringen	4	—	—	—	—	1	12140	880	—	—	—	—	—	—	—	—	18120	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2604	10516	—	36266	57570	147	147																				
Güstrow	4	—	—	—	1050	56520	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23090	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11304	40	—	10641	7130	23	23																				
Hagen i. W.	4	—	—	—	1	7030	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31620	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6294	—	—	21826	31620	67	67																				
Hahn	4	—	—	—	150	31470	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29120	51	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2010	—	—	5774	220835	740	740																				
Hainhausen	4	—	—	—	—	250	28350	520	—	—	—	—	—	—	—	384015	731	141	—	—	220	104	—	—	—	—	—	76980	—	—	220835	384015	4307	4307																					
Hainstadt	4	—	—	—	3550	373420	7480	565	—	—	—	—	—	—	—	1879340	333325	1790	2580	—	—	55914	80	580256	894431	—	1137	18831	34895	80	80																								
Hamburg	4	—	—	—	183	17640	92440	40	—	—	—	—	—	—	—	34895	14250	—	—	—	—	6814	—	19878	7464245	5800	5800																												
Hameln	4	—	—	—	51150	2690160	211120	1815	—	—	—	—	—	—	—	7464245	345585	—	—	11615	25	190	55914	80	580256	894431	—	59205	100830	226	226																								
Hannover	4	—	—	—	17	94970	4160	—	—	—	—	—	—	—	—	100830	218	—	—	—	—	—	19825	—	—	549468	958355	2207	2207																										
Hanau	4	—	—	—	115	892620	51140	2960	135	—	—	—	—	—	—	958355	200595	3040	—	—	—	150	—	46044	73830	145	145																												
Harburg	4	—	—	—	50	70860	2920	—	—	—	—	—	—	—	—	73830	13030	—	—	—	—	—	14756	—	—	28	32	3282</td																											



# Einnahme.

# Ausgabe.

Zahlstellen	Quartal	In den Zahlstellen aufrechterhalten			Gebühren-Geld			Beiträge à 30 und 40 Pf.			Beiträge à 20 Pf.			Beiträge à 10 und 5 Pf.			Gefälschte Einnahme			Gewerbe-Unterstützung			Streik-Unterstützung			Sofort-Mitgabeset			Gesamt-Ausgabe			Zahl der Mitglieder			
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34
Schöpsheim	4	-	-	-	111,90	2,80	-	-	-	-	-	-	-	-	114,70	30,20	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	22,94	167,36	61,56	114,70	28
Schönberg	4	-	-	-	6,80	200,70	-	-	-	-	-	-	-	-	207,50	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	40,14	1589,36	207,50	49	
Schönbach	4	-	-	-	19,-	2726,60	17,60	-	-	-	-	-	-	-	2792,45	606,20	42,65	46,-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	548,84	158,60	2792,45	580	
Schöningen	4	-	-	-	50,-	183,-	-	-	-	-	-	-	-	-	198,50	48,90	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	36,60	10,-	198,50	38	
Schötmar	4	-	-	-	150,-	115,60	-	-	-	-	-	-	-	-	117,10	13,-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23,12	-	80,98	117,10	28
Schwaaan	4	-	-	-	1,-	269,70	-	-	-	-	-	-	-	-	270,70	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	218,56	270,70	218,56	55	
Schwabach	4	-	-	-	7,50	583,20	28,20	1,30	-	-	-	-	-	-	405,10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	24,26	86,40	159,77	154,80	56	
Schwarczenberg	4	-	-	-	17,50	372,-	15,60	-	-	-	-	-	-	-	299,07	98,10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	89,84	306,56	320,86	756,26	38	
Schwedt	4	-	-	-	59,77	7,30	312,40	119,60	-	-	-	-	-	-	756,26	39,-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25,96	-	106,34	132,30	24	
Schwenningen	4	-	-	-	8,50	185,30	36,-	-	-	-	-	-	-	-	148,10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	29,-	-	119,10	148,10	40	
Schweidnitz	4	-	-	-	2,50	123,40	6,40	-	-	-	-	-	-	-	1141,11	244,90	56,50	69,85	-	-	-	-	-	-	-	-	-	173,26	191,62	405,48	1141,11	117			
Schweinfurt	4	-	-	-	3,-	145,10	-	-	-	-	-	-	-	-	234,80	76,10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	67,76	41,94	234,80	42		
Schwiebus	4	-	-	-	173,26	9,-	930,10	28,-	-	-	-	-	-	-	617,70	77,20	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	119,14	-	386,36	617,70	121		
Sangermünde	4	-	-	-	21,50	581,50	14,20	-	-	-	-	-	-	-	1817,30	270,80	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14,-	258,54	-	748,96	375		
Tegel	4	-	-	-	19,-	1292,70	4,60	1,-	-	-	-	-	-	-	3395,70	87,90	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	669,74	-	2598,06	3395,70	633		
Thale	4	-	-	-	15,50	38,40	-	-	-	-	-	-	-	-	53,90	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7,68	46,22	-	53,90	31		
Tönnig	4	-	-	-	11,50	274,60	-	-	-	-	-	-	-	-	62,90	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	54,92	-	231,18	286,10	60		
Traunstein	4	-	-	-	1,50	380,40	4,80	-	-	-	-	-	-	-	34,30	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,44	-	50,46	62,90	10		
Treptow	4	-	-	-	18,16	-	-	-	-	-	-	-	-	-	42,26	3,-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	77,04	92,18	-	217,48	101		
Ulm a. D.	4	-	-	-	14,21	-	-	-	-	-	-	-	-	-	98,41	10,80	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6,76	-	481,34	34,30	6		
Ueckermünde	4	-	-	-	17,31	6,50	390,10	-	-	-	-	-	-	-	430,91	260,55	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	16,64	14,21	56,76	98,41	14		
Ueterßen	4	-	-	-	7,50	549,90	2,60	-	-	-	-	-	-	-	560,-	23,-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	110,50	-	426,50	560,-	116		
Warel	4	-	-	-	60,-	5,50	218,80	17,20	-	-	-	-	-	-	296,50	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	506,54	400,-	471,36	255,53	4		
Weltzien	4	-	-	-	19,-	2522,90	9,80	1,30	-	-	-	-	-	-	124,70	-	1115,10	15,-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	50,-	-	12,44	-	23		
Wernheim	4	-	-	-	7,50	904,10	32,-	-	-	-	-	-	-	-	144,60	146,50	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	81,78	-	335,12	416,90	78		
Wiesbaden	4	-	-	-	1,-	176,60	-	-	-	-	-	-	-	-	1564,60	118,-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35,92	41,06	1095,08	1564,60	247	
Wiesloch	4	-	-	-	1,50	168,70	-	-	-	-	-	-	-	-	179,55	7,20	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	33,74	-	138,61	179,55	12		
Wimmen a. Luhe	4	-	-	-	25,20	346,80	-	-	-	-	-	-	-	-	1440,40	178,-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	45,-	-	266,58	950,82	249		
Weißkirchen	4	-	-	-	15,99	16,-	951,50	57,80</																											